

B-01 Beteiligung stärken: On- und Offline verschmelzen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 27.09.2016
Tagesordnungspunkt: B Beteiligung

1 Basisdemokratie gehört seit jeher zum grünen Selbstverständnis. Grün ist die Mitmachpartei.
2 Unsere Mitglieder können auf allen Ebenen mitbestimmen, offline und künftig auch noch viel
3 stärker online. Wir wollen 2020 die erste Partei sein, die Offline und Online auf allen
4 Ebenen verbindet.

5 Für unsere Demokratie sind Parteien unverzichtbar. Doch sie stehen vor der Aufgabe, sich dem
6 gesellschaftlichen Wandel anzupassen. Engagement ist heute projektbezogener, kurzfristiger,
7 unmittelbarer und wird oft außerhalb von Parteien ausgeübt. Durch die Digitalisierung sind
8 neue Wege der Beteiligung entstanden. Nichts davon macht Parteien überflüssig. Vielmehr
9 ergeben sich Chancen, die wir nutzen wollen. Dabei sehen wir mit Sorge einen
10 gesellschaftlichen Vertrauensverlust in Parteien. Wir wollen darauf reagieren, indem wir
11 unsere Partei weiterentwickeln. Wir sind dann attraktiv, wenn wir politische Debatten auf
12 der Höhe der Zeit führen, politische Alternativen formulieren und dafür neue technische
13 Möglichkeiten nutzen.

14 Die besondere Aufgabe von Parteien liegt in der Formulierung politischer Forderungen, der
15 Integration gesellschaftlicher Gruppen und der Legitimation des politischen Systems auch in
16 der Partizipationsfunktion für Bürger*innen wie auch in der Auswahl von politischem
17 Personal. Daraus ergibt sich eine besondere Rolle von Parteimitgliedern: Sie haben nicht nur
18 die Möglichkeit, an den allgemeinen Wahlen teilzunehmen, sondern auch Einfluss auf die
19 Formulierung von Politik Inhalten und die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für
20 öffentliche Ämter. Insbesondere für die inhaltliche Partizipation von Parteimitgliedern
21 bietet Digitalisierung neue Chancen.

22 Demokratie lebt von inhaltlichem und sachlichem Diskurs, öffentliche Debatten sind Grundlage
23 für demokratische Entscheidungen. Dabei kann das Internet helfen, Parteimitglieder noch
24 stärker einzubinden als bisher. Digitalisierung ist dabei kein Heilsversprechen, digitale
25 Beteiligung ist nicht automatisch besser und wird nicht alle Beteiligungsprobleme lösen
26 können. So sind im Internet oftmals diejenigen aktiv, die auch in der Offline-Welt schon zu
27 den Aktiven gehören. Online-Plattformen tendieren zu Homogenität statt Pluralität der
28 Meinungen und bisherige Online-Debatten sind oft stärker von Emotionen als von sachlichen
29 Gründen geprägt.

30 Doch digitale Beteiligungsmöglichkeiten bieten auch einen echten Mehrwert, den wir nutzen
31 wollen, um bestehende Strukturen zu ergänzen. Dabei gilt: Auch wenn digitale Werkzeuge
32 vieles erleichtern, persönliche Zusammenkünfte werden sie nicht ersetzen.

33 Stärkere Partizipation und klare Repräsentation gehören in einer modernen grünen Partei
34 zusammen. Denn es zeigt sich: Weder direkte Demokratie noch gewählte Repräsentant*innen
35 garantieren für sich allein moralische, gerechte und substantielle Politik. Wir wollen
36 deshalb noch stärker beide Möglichkeiten verbinden, denn wir sind uns sicher: Breitere
37 Beteiligung schafft Gemeinschaft in unserer Partei und führt zu größerer Legitimation von
38 Entscheidungen, kann aber gewählte Gremien und Organe nicht ersetzen.

39 A.) Begonnene Wege fortsetzen

40 In den vergangenen Jahren sind wir beim Aufbau netzbasierter Service-Instrumente und
41 digitaler Beteiligungsmöglichkeiten einen großen Schritt vorangekommen, haben Fehler gemacht
42 und viel gelernt. Doch gerade beim Erkunden neuer Wege sind Fehlschläge auch Lernerfolge.

43 Wir haben mit der Urwahl der Spitzenkandidat*innen, mit verschiedenen Mitgliederbefragungen
44 und mit den europäischen Primaries viele Beteiligungswege ausprobiert.

45 Wir haben neue Werkzeuge eingeführt, von Wurzelwerk über Textbegrünung bis hin zu
46 Antragsgrün. Es zeigt sich, dass insbesondere Werkzeuge, die aus der Partei heraus
47 entstanden sind, gut angenommen werden. Besonders die Netzbegrünung hat dabei wichtige
48 Arbeit geleistet, für die wir dankbar sind. Die begonnenen Wege möchten wir fortsetzen und
49 dabei auf eine kooperative Fortentwicklung unserer Instrumente setzen, statt ein
50 Sammelsurium nicht verwendeter digitaler Tools zu schaffen.

51 Grünes Netz: Ein Zugang für alles

52 Mit dem Grünen Netz haben wir erstmalig die Möglichkeit für die Landesverbände und den
53 Bundesverband geschaffen, Online-Werkzeuge schnell und einfach zugänglich zu machen und uns
54 aus der starren Wurzelwerk-Struktur zu lösen. Zugleich ist das grüne Netz das Eingangsportal
55 für alle digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, denn wir können über unsere Mitgliedsdatenbank
56 sicherstellen, dass nur Mitglieder mitentscheiden. Damit ist eine sichere und verbindliche
57 onlinebasierte Mitgliederbeteiligung möglich. (s. Graphik am Ende des Antrages)

58 Antragsgrün: Antragsverwaltung

59 Wir haben Antragsgrün vor zwei Jahren auch für Bundesparteitage eingeführt. Es leistet einen
60 wichtigen Beitrag für eine größere Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Anträgen.
61 Gemeinsam mit dem Verein Netzbegrünung, den Macher*innen von Antragsgrün, entwickeln wir es
62 weiter, damit künftig auch die Antragseinreichung und Nachverfolgung von Anträgen
63 erleichtert wird. Dieses Projekt werden wir bis zur Programm-BDK im Juni 2017 umsetzen.

64 Wurzelwerk: das neue Wissenwerk

65 Das Wurzelwerk entwickeln wir zum Wissenswerk weiter. So wollen wir gewährleisten, dass alle
66 Aktiven schnell Aktionsideen, Argumentationshilfen und den gesammelten Erfahrungsschatz,
67 insbesondere von der kommunalen Ebenen, der Partei für ihre Arbeit auffinden können.

68 Weitere Tools: Textbegrünung, Termite und Co

69 Wir wollen politische Arbeit durch Online-Instrumente erleichtern. Bewährt hat sich seit
70 langem die „Textbegrünung“, ein Instrument, um gemeinsam Texte zu erstellen und zu
71 bearbeiten. Mit der „Termite“ bieten wir eine datensparsame Alternative zu Doodle
72 (Terminfindung) und ermöglichen einfache Abstimmungen in überschaubaren Gruppen. Das sind
73 insbesondere Instrumente, mit denen von der kleinsten Arbeitsgruppe im Kreisverband über
74 BAGen bis hin zu großen Flächenkreisverbänden Mitglieder ortsungebunden miteinander arbeiten
75 können.

76 Aus den Landesverbänden erfahren wir eine positive Resonanz auf diese Instrumente.

77 Darüber hinaus gibt es den Wunsch, weitere Angebote auf Bundesebene zu schaffen, die neue
78 Beteiligungswege eröffnen und die von den Landesverbänden und auf Kreisverbandsebene genutzt
79 werden können.

80 B.) Neue Wege einschlagen

81 Wir wollen die Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung bis 2020 daher weiter ausbauen. Das
82 ist ein innovationsoffener Prozess.

83 1. Basisbegehren einführen

84 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, bis zum Parteitag Ende 2017 einen satzungsändernden
85 Antrag für die Einführung eines Basisbegehrens vorzulegen und dafür eine technische
86 Infrastruktur im Grünen Netz vorzubereiten.

87 Ein Basisbegehren auf Bundesebene bedeutet, dass 250 Mitglieder gemeinsam die Behandlung
88 eines Themas im Bundesvorstand erzwingen können. Die Antragssteller*innen erhalten

89 verpflichtend in der Regel innerhalb einer Frist von vier Wochen eine Stellungnahme des
90 Bundesvorstandes zu ihrem Anliegen. Über eine Plattform, angedockt an gruene.de, kann ein
91 Basisbegehren von einem Mitglied vorgeschlagen und von 249 Parteimitgliedern unterstützt
92 werden. Ebenso kann auf der Plattform das Begehren selbst sowie die Reaktion der Vorstände
93 diskutiert und bewertet werden. Es gilt die Netiquette. Wir würden uns freuen, wenn auch
94 Landesverbände und Kreisverbände dieses Instrument nutzen und Mitgliederbegehren
95 ermöglichen, natürlich mit anderen Quoren.

96 2. Basisbefragung ausbauen

97 Wir wollen unsere Mitglieder durch frühzeitige Mitgliederbefragungen stärker in die
98 programmatische Weiterentwicklung einbeziehen. In den letzten Jahren haben wir im Bund und
99 auch in den Ländern mit Befragungen bereits gute Erfahrungen gemacht. Der Bundesverband legt
100 in der Regel jährliche Schwerpunktthemen fest. Zu mindestens einem der Themen wird einmal im
101 Jahr eine Online-Umfrage durchgeführt, um Meinungen einzuholen und Debatten vorzubereiten.
102 Die Befragung ergänzt politische Debatten, ersetzt sie aber nicht.
103 Zusätzlich wird der Bundesvorstand aufgefordert, bis zum Parteitag Ende 2017 einen
104 satzungsändernden Antrag vorzulegen, der regelt, dass eine Online-Befragung aller Mitglieder
105 zu einem Themenkomplex erfolgen muss, wenn zwei Prozent der Mitglieder dies wünschen. Der
106 Vorschlag der Umfrage sowie die Sammlung der Unterstützer*innen sind über eine ähnliche
107 Plattform wie zum Basisbegehren möglich. Zusätzlich wird der Bundesverband aufgefordert,
108 Instrumente und Service zur leichten Erstellung und Auswertung von Umfragen für die
109 Landesverbände und Kreisverbände anzubieten.

110 3. Urabstimmung stärken

111 Urabstimmung und Urwahl sind Instrumente, die wir in der Vergangenheit oft benutzt haben,
112 sie sind in der Satzung geregelt und auch teilweise gesetzlich verankert. Wir wollen die
113 gesetzlichen Regelungen für Urabstimmungen ausweiten.
114 Anders als bei Basisbegehren und Basisbefragung treffen wir im Wege der Urabstimmung nach
115 dem Parteienrecht verbindliche Entscheidungen. Das erfordert einerseits besondere Sorgfalt
116 und hohe technische Schutzhürden und andererseits die Vereinbarkeit mit den Vorgaben des
117 Parteiengesetzes.
118 Laut Gesetz sind Entscheidungen über Vorstands- und Vorsitzendenwahlen ebenso wie
119 Entscheidungen über Parteiprogramme, Satzung, Beitragsordnung, Schiedsgerichtsordnung,
120 Auflösung und Verschmelzung der Partei allein den Parteitagen vorbehalten. In all diesen
121 Fällen sind nur empfehlende oder bestätigende Mitgliederentscheide möglich. Ausdrücklich
122 geregelt ist die Urabstimmung nur für den Fall der Auflösung oder Verschmelzung von
123 Parteien, dort muss sie zwingend zum Beschluss des Parteitags hinzutreten.

124 Wir gehen auf die anderen Parteien zu, um das Parteiengesetz zu ändern. Wir wollen, dass
125 künftig verbindliche Entscheidungen über Parteiprogramme, Satzung, Beitragsordnungen und
126 Schiedsgerichtsordnungen in Urabstimmungen möglich sind.
127 Sollten diese Änderungen erfolgen, dann könnten wir beispielsweise ein neues
128 Grundsatzprogramm in einem verbindlichen Mitgliederentscheid beschließen. (s. Graphik am
129 Ende des Antrages)

130 4. V-Anträge zu BDKen vorab digital bestimmen

131 Wir wollen auch auf BDKen neue Wege gehen: Im Vorfeld der BDK können von den allen
132 Parteimitgliedern fünf V-Anträge per online-Abstimmung ausgewählt werden, die in jedem Fall
133 auf der BDK behandelt werden und ggf. besser in die Tagesordnung eingebaut werden können.
134 Weitere V-Anträge werden wie gehabt auf der BDK gerankt.

135 5. European Primaries reloaded

136 Die Europäische Grüne Partei wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Bundesverband nach einem

137 Weg zu suchen, um die Auswahl der europäischen Spitzenkandidat*innen erneut in einem
138 öffentlichen und offenen Verfahren durchzuführen. Bis zum Parteitag Ende 2017 soll dafür ein
139 Konzept vorliegen, welches die Erfahrungen der letzten Europäischen Primaries berücksichtigt
140 und ein verändertes Verfahren vorsieht.

141 C.) Grüne Kultur stärken

142 Wir wertschätzen Beteiligung und wollen unsere grüne Kultur der Basisdemokratie stärken.
143 Dabei gilt es neue Wege zu gehen, aber alte Errungenschaften beizubehalten.

144 Frauenvotum

145 Analog zu unserer Satzung § 4 sollte es auch online die Möglichkeit eines Frauenvotums
146 geben. Das muss bei der Ausgestaltung der Verfahren bedacht werden. Bei allen
147 Beteiligungsmöglichkeiten sollte auch darauf geachtet werden, dass der Frauenanteil der
148 Teilnehmenden dem Frauenanteil in der Partei entspricht.

149 Datenschutz

150 Datenschutz, Daten- und IT-Sicherheit und Datensparsamkeit sind auch bei Online-Tools unser
151 oberstes Gebot.

152 Offline-Beteiligung

153 Wir werden bei allen Fortentwicklungen unserer Verfahren, besonders bei Basisbegehren und
154 Basisbefragung, darauf achten, dass sowohl eine Online- als auch immer eine Offline-
155 Beteiligung möglich ist, damit niemand ausgegrenzt wird.

156 Barrierefreiheit

157 Bei der Umsetzung unserer Beteiligungsoffensive achten wir auf größtmögliche
158 Barrierefreiheit, damit sich alle beteiligen können.

159 Ombudsperson

160 Der Bundesverband wird aufgefordert bis zur BDK im Herbst 2017 einen Vorschlag zur
161 Einführung einer Ombudsperson Beteiligung einzuführen. Damit schaffen wir eine neutrale
162 Stelle, an die sich Mitglieder wenden können, die Fragen zum Verfahren haben und die auch an
163 die BDK über ihre Arbeit berichtet.

164 Beteiligungsordnung

165 Wir geben uns rechtzeitig zu 2017 eine Beteiligungsordnung, die die detaillierte
166 Ausgestaltung der Beteiligungsinstrumente regelt.

167 D.) Finanzierung

168 Organisationsentwicklung erfordert neben einem langen Atem auch Geld. Zur Umsetzung dieser
169 Strategie wird für das Jahr 2017 pro Mitglied ein Euro vorab direkt von der Summe der
170 staatlichen Teilfinanzierung, die von der Bundestagsverwaltung an die GRÜNEN ausbezahlt
171 wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt. Damit tragen alle Ebenen der Partei
172 ihren Anteil an der Umsetzung.

173 Ende 2017 wird der Stand auf der BDK evaluiert und ggf. die weitere Finanzierung
174 festgesetzt. Mit diesem Geld wird eine Softwarelösung für den Basisentscheid und die
175 Mitgliederbefragungen finanziert und eine zur Betreuung notwendige Service-IT-Stelle in der
176 Bundesgeschäftsstelle geschaffen, die Landesverbänden und Kreisverbänden bei der Umsetzung
177 von Basisbefragungen hilft und die Softwareeinführung begleitet. Der Bundesfinanzrat
178 überwacht die Einhaltung dieses Finanzrahmens und übernimmt das Controlling der Gelder.

Begründung

Dieser vorliegende Antrag beruht auf der Diskussion in der AG Beteiligung. Wir danken den Mitgliedern der AG Beteiligung Gesine Agena, Emily Büning, Michael Kellner, Anna von Notz, Felix Pahl, Paula Piechotta, Jochen Ruoff, Gerhard Schmid, Malte Spitz und Marianne Weiß für die Mitarbeit.

Mit dem Antrag wollen wir den weiteren Prozess für die Fortentwicklung unserer Partei angehen. Die Taskforce soll auch in den nächsten Jahren den Entwicklungsprozess weiter begleiten. Wenn dieser Antrag beschlossen wird, werden wir in einem Jahr über die entsprechenden Änderungen unserer Satzung und der Beteiligungsordnung abstimmen. Natürlich ist damit keine Entscheidung vorweggenommen. Doch wir wollen als Vorstand von dem Parteitag wissen, ob die Partei in ihrer Gesamtheit diesen Weg weiter gehen will.

Der Bundesfinanzrat hat diesem Verfahren zugestimmt.

The image shows two parts: a website screenshot on the left and a flowchart on the right.

Website Screenshot (GRÜNES NETZ):

- Header: GRÜNES NETZ, HELLO MARIA MUSTERBAU, Home Daten ändern, Abmelden
- Section: Gezielte Anwendungen
- Grid of tools:
 - WURZELWERK (Der große Wikivorschlag)
 - ANTRAGSGRÜN (Der große Parteilagevorschlag)
 - TEXTBEGRIFFUNG (Der große Rechtschreibcheck)
 - TERMITTE (Der große Terminplaner)
 - WAHLATLAS (Der große Wahlkreisfinder)
 - WAHLKAMPF-HANDBUCH (Der große Wahlkampfplaner)
 - E-SHOP (Der große E-Shop)
 - SHOP DER GRÜNEN (Der Parteilage-Shop)
 - SHARPFIC-GENERATOR (Der große Logo-Generator)
 - LOGOGENERATOR (Der große Logo-Generator)
 - GRÜNLINK (Der große Link-Generator)
 - ÖFFENTLICHER E-SHOP (Der große E-Shop)

Flowchart (BETEILIGUNG):

- Vertical labels: MITGLIEDER (left), GRÜNE POLITIK (right)
- Process steps (indicated by arrows):
 - Anträge:** 30 Personen stellen gemeinsamen Antrag auf BNE (3 Delegierte gemeinsam auf Landesrat)
 - Basisabgehen:** 250 Mitglieder einstimmige Behandlung eines Themas im Bundesvorstand, Vorrecht besteht
 - Basisbeteiligung:** Vorstand beauftragt Basis mit 6 Beauftragten in 50 Parteien/Ortsvereine/Bezirkung von Ostsee/Oberrhein durch Basis in einem Thema, wenn 20 der Mitglieder dazu vorschlagen
 - Urabstimmung:** Entscheidung über Politik und die Aufgaben, Funktionen und die Basis, wenn 1% der Mitglieder Abstimmungen der Vereine genehmigen (1000 Mitglieder, wenn 1% der Mitglieder der Ortsvereine genehmigen) (1000 Mitglieder, wenn 1% der Mitglieder der Ortsvereine genehmigen)